

Zukunft für den Hochtechnologiestandort

Bosch Solar Arnstadt: Solidaritätsaktionen/Antrag im Landtag/Unterschriftensammlung

Der 1. Mai stand in Arnstadt ganz im Zeichen der Solidarität mit den Beschäftigten von Bosch Solar und deren Familien. Während einer Kundgebung auf dem Markt betonte Martina Renner, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, die Unterstützung für die Menschen in der Region. Eine Demonstration führte anschließend zum Schlossgarten. Auch im Landtag stand die Problematik erneut auf der Tagesordnung.

Mitarbeiter des Unternehmens Bosch Solar aus Arnstadt hatten am 25. April in Erfurt vor und während der Landtagssitzung gegen die drohende Schließung der Hochtechnologiefirma demonstriert. Redner des Betriebsrates, der IG Metall, des DGB sowie Abgeordnete des Thüringer Landtags und der Wirtschaftsminister des Freistaats erinnerten den Bosch-Konzern an seine Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die betroffene Region.

Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, machte auf die Bedeutung des Unternehmens für eine erfolgreiche Energiewende aufmerksam und sicherte Solidarität und Un-

terstützung zu. Bodo Ramelow betonte: „Lasst uns den Kampf um die industriepolitische Zukunft am Standort Arnstadt gemeinsam führen!“

An der Demonstration beteiligten sich zahlreiche weitere Mitglieder der Linksfraktion, darunter die stellvertre-

tende Fraktionsvorsitzende Martina Renner, Dr. Birgit Klaubert, Vizepräsidentin des Landtags, Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik, und Manfred Hellmann, Sprecher für Energiepolitik. Der Landtag hatte in der Plenarsitzung einen gemeinsamen Antrag von CDU, DIE

LINKE und SPD, die sich für den Erhalt des Bosch-Standortes Arnstadt einsetzen, behandelt. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Am 1. Mai in Arnstadt gehörten auch Sabine Berninger, Mitglied des Thüringer Landtags (DIE LINKE) und des Arnstädter Stadtrats, sowie die Landrätin

des Ilm-Kreises Petra Enders (DIE LINKE) zu den Rednerinnen und Rednern. Während des Solidaritäts- und Familienfestes im Stadtpark war die Linksfraktion mit einem Infostand und der „Solidaritätswand“ vertreten, die vor allem bei jungen Künstlerinnen und



Künstlern auf reges Interesse stieß. Inzwischen wurden weitere öffentliche Aktionen der Beschäftigten angekündigt. Sie könnten nur so „den notwendigen Druck auf den Bosch-Konzern aufbauen, sich weiter am Thüringer Standort und für unsere Interessen zu engagieren“, hatte der stellvertretende Betriebsratschef Jan Müller gegenüber der TA erklärt.

Vor einer Entscheidung der EU-Kommission über mögliche Anti-Dumpingzölle gegen chinesische Solar-Erzeugnisse werde es wohl kein konkretes Angebot für das Werk von Bosch Solar in Thüringen geben, wird der Betriebsrat zitiert.

Von aktuellen Verhandlungen mit Kaufinteressenten sei am Standort jedenfalls nichts bekannt. Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben die Beschäftigten eine Unterschriftensammlung gestartet, mit der der Bosch-Konzern aufgefordert wird, ein Konzept für den Standort zu entwickeln.



Steuerschätzer

In Weimar hat der Arbeitskreis Steuerschätzer in der Zeit vom 6. bis 8. Mai (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Parlamentsreports) über seine Frühjahrsprognose beraten. Drei Tage lang ging es dabei um die zu erwartenden Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden.

Vorab hieß es, dass die Vorhersage etwas schwächer ausfallen wird als die letzte Steuerschätzung im Herbst. Grund ist die abgeflaute Konjunktur. Der „Arbeitskreis Steuerschätzung“ mit Experten von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaftsforschungsinstituten, Bundesbank, Sachverständigenrat und Statistischem Bundesamt ermittelt zwei Mal im Jahr die Einnahmeprogno-
se für den Staat. ■

Hebammen

Zum Internationalen Tag der Hebammen am 5. Mai sagte MdL Karola Stange: „Hebammen müssen in Krankenhäusern häufig drei bis vier Geburten gleichzeitig betreuen. Hinzu kommen überlange Dienstzeiten und Nachtschichten. Da viele Frauen heute älter sind, wenn sie Kinder gebären, ist eine gute Betreuung besonders wichtig.“

DIE LINKE fordert deshalb nach wie vor eine angemessene Bezahlung für Hebammen, um den Beruf weiter attraktiv zu halten und nicht durch Abwanderung in andere Tätigkeiten auszubluten. Zudem müsse „jede Geburt durch eine Hebamme betreut werden, die nicht zwischen drei oder vier Gebärenden hin- und herspringen muss“. ■

Journalisten

Der Thüringer Landesbeauftragte für Datenschutz hat das Speichern von Journalistendaten durch die Kriminalpolizei Suhl und die Staatsanwaltschaft Meiningen beanstandet. MdL Sabine Berninger nannte das „vorhersehbar und folgerichtig“. Es sei „höchste Zeit, dass Justiz- und Innenministerium reagieren und die ihnen unterstellten Behörden anhalten, die Rechte von Berufsgeheimnissträgern zu wahren“.

Die Meininger Staatsanwaltschaft sperrt sich noch immer dagegen, die im gleichen Ermittlungsverfahren rechtswidrig erhobenen Daten der Abgeordneten der Linksfraktion Martina Renner zu löschen und das Justizministerium hat noch nichts unternommen. ■

VON A BIS Z:

Staatstrojaner

Auf Meldungen, wonach das Bundeskriminalamt (BKA) den so genannten „Staatstrojaner“ FinFisher der Firma Gamma/Elaman gekauft hat, reagierte die Abgeordnete der Linksfraktion, Katharina König, mit scharfer Kritik.

Diese Software dient nicht nur dem Ausspionieren vertraulicher Kommunikation. Sie ist auch so beschaffen, dass sie selbst Daten auf dem betreffenden System ändern und platzieren kann. „Das muss sie können, um ihren Zweck zu erfüllen, jedoch ist dies nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts nicht grundrechtskonform. Schlimmstenfalls könnten so zum Beispiel falsche Beweismittel platziert werden“, so die netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Allerdings werfe die Verwendung solcher Software noch mehr Fragen auf, da ihr Quellcode von der Firma nicht einmal den Ermittlungsbehörden offengelegt wird. „Ohne diese Offenlegung ist es aber kaum möglich, die rechtmäßige Erhebung der Daten zu kontrollieren und gegebenenfalls gerichtlich anzufechten“, so die Abgeordnete hinsichtlich weiterer Probleme in Bezug auf die Vereinbarkeit des Einsatzes solcher Software mit den Prinzipien des Rechtsstaates.

Katharina König kommt zu dem Schluss: „Nicht umsonst zählen sonst vornehmlich autoritäre Regime zu den Hauptabnehmern solcher Software. Hier reiht sich Deutschland nun leider in Bezug auf Überwachungssoftware ein.“ ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 22. bis 24. Mai statt.

Demokratie-Tagung:

Am Donnerstag, den 6. Juni, 14.00 bis 19.30 Uhr, findet im Landtag eine weitere von den Fraktionen der LINKEN, SPD und Grünen in Zusammenarbeit mit dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ organisierte Tagung statt. Diesmal geht es um die Thematik „Demokratie und Schule“. Nähere Informationen in der nächsten Ausgabe des Parlamentsreports.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

www.die-linke-thl.de